

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:21887-2018:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Dortmund: Maschinen für allgemeine und besondere Zwecke
2018/S 011-021887**

Auftragsbekanntmachung

Lieferauftrag

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Stadt Dortmund -Sondervermögen Verpachtung TZ- über Technologie Zentrum Dortmund Management GmbH
Emil-Figge-Str. 80
Zu Händen von: Diego Atienza
44227 Dortmund
Deutschland
Telefon: +49 2319742154
E-Mail: atienza@tzdo.de
Fax: +49 2319742395

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.tzdo.de>
Elektronischer Zugang zu Informationen: <http://www.tzdo.de/de/aktuelles/ausschreibungen.htm>

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken: die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Nassprozesstisch für Galvanik-, Ätz- und Spülprozesse zur Herstellung von außenseitig strukturierten Nickelzylindern

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Lieferauftrag
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Konrad Adenauer Allee 11, 44263 Dortmund
NUTS-Code DEA52

- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**
- II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**
Als Ersatz für ein Bestandsgerät ist die Anschaffung eines neuen Nassprozessstisches für Galvanik-, Ätz- und Spülprozesse zur Herstellung von außenseitig strukturierten Nickelzylindern geplant. Die Anlage soll aus sechs Prozessbädern und einer Spülen bestehen. Verarbeitet werden Nickelzylinder mit einer Länge von 1000 und einem Durchmesser von 225 mm. Der Prozess wird halb manuell im Batch ähnlichen Verfahren durchgeführt. Schritt 1 ist eine Kupfergalvanik auf Schwefelsäurebasis. Im zweiten Schritt erfolgt eine Photolack Entfernung durch niedrig konzentrierte Natronlauge. Die Lackentfernung besteht aus zwei Becken. Im ersten Becken wird der Photolack grob durch ein Sprühverfahren entfernt. Im zweiten Becken erfolgt im Tauchbecken eine Feinreinigung. Die Prozessschritte drei und vier sind eine Dekapierung, bestehend aus ca. 8 %tiger Schwefelsäure, und eine Nickelgalvanik. Im fünften Schritt wird durch einen Ätzschritt das Kupfer aufgelöst. Nach jedem Prozessschritt muss der Zylinder in der Spüle gereinigt werden. Die Trocknung erfolgt in einem Ofen der nicht zum Lieferumfang gehört.
- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
42900000, 42990000, 42993000, 38000000
- II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja
- II.1.8) **Lose**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**
Geschätzter Wert ohne MwSt:
Spanne von 300 000,00 bis 400 000,00 EUR
- II.2.2) **Angaben zu Optionen**
Optionen: nein
- II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**
Gültiger, aktueller Nachweis einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung gemäß § 45 Abs.1 VgV (mittels Dritterklärung vorzulegen) mit einer Deckungssumme von mind. 1 000 000 EUR.
Mängelhaftungsbürgschaft in Höhe von 5 % der Auftragssumme im Auftragsfall.
- III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**
80 % der Nettoauftragssumme bei Lieferung,
20 % der Nettoauftragssumme nach mängelfreier Abnahme und Vorlage einer Mängelhaftungsbürgschaft.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Gemäß § 43 Abs. 2 VgV müssen Bietergemeinschaften als gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaften auftreten und den bevollmächtigten Vertreter benennen. Erforderlich ist eine im Original unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: 1. Berufs- bzw. Handelsregisterauszug (mit dem Angebot mittels Dritterklärung vorzulegen): Gültiger Auszug aus dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes, soweit die Eintragung in das Register nach den gesetzlichen Bestimmungen des Mitgliedstaates, in dem der Bewerber seinen Sitz hat, vorgeschrieben ist; 2. Eigenerklärung zu § 46 Abs. 2 VgV (Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen); 3. Eigenerklärung bzgl. der Ausschlussgründe nach 123 GWB; 4. Eigenerklärung zu § 124 GWB; 5. Eigenerklärung über die Anwendung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW (TVgG NRW) vom 1.5.2012 und zu den Ausschlussgründen; 6. Bei Angebotsabgabe durch eine Bietergemeinschaft ist die im Original unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung mit Benennung des bevollmächtigten Vertreters und Bestätigung der gesamtschuldnerischen Haftung vorzulegen; die unter den Ziffern 1 bis 5 genannten Anforderungen sind von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft mit dem Angebot vorzulegen; 7. Für den Fall, dass sich ein Bieter, gegebenenfalls auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft, zur Erfüllung des Auftrags der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen will, sind die unter den Ziffern 1 bis 5 genannten Anforderungen auch von dem Nachunternehmer mit dem Angebot vorzulegen. Die Bewerber, die sich zur Erfüllung des Auftrags der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen wollen, müssen mit Angebotsabgabe eine Verpflichtungserklärung abgeben, wonach dem Bieter / der Bietergemeinschaft im Falle der Auftragsvergabe die erforderlichen Ressourcen des Nachunternehmers zur Verfügung gestellt werden.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: 1. Gültiger Nachweis einer Berufs- oder Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von min. 1 000 000 EUR- siehe auch III.1.1) 2. Angaben zur finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV durch Erklärung über den Gesamtumsatz bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre, d. h. 2014, 2015 und 2016. Der Umsatz muss pro Jahr mindestens 1 000 000 EUR betragen. Es wird empfohlen, das vom Auftraggeber vorgegebene Formular zu verwenden, welches den Vergabeunterlagen beiliegt. Sofern der Bieter eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) einreichen möchte, muss dieser sicherstellen, dass die EEE sämtliche zuvor genannten Angaben/Erklärungen/Nachweise enthält. Bei Bewerbung einer Bietergemeinschaft sind die unter den Ziffern 1 bis 2 genannten Anforderungen von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft mit dem Angebot vorzulegen. Für den Fall, dass sich ein Bieter, gegebenenfalls auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft, zur Erfüllung des Auftrags der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen will, sind die unter den Ziffern 1 bis 2 genannten Anforderungen auch von dem Nachunternehmer mit dem Angebot vorzulegen.

Die Bewerber, die sich zur Erfüllung des Auftrags der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen wollen, müssen mit Angebotsabgabe eine Verpflichtungserklärung abgeben, wonach dem Bieter / der Bietergemeinschaft im Falle der Auftragsvergabe die erforderlichen Ressourcen des Nachunternehmers zur Verfügung gestellt werden.

Nimmt ein Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so wird eine gemeinsame Haftung des Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsdurchführung entsprechend des Umfangs der Eignungslleihe verlangt (§ 47 VGV).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Mindestens 1 geeignete Referenz über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungsaufträge mit Angabe des Wertes, des Liefer- bzw. Erbringungszeitpunktes sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers. (§ 46 Abs. 3 Nr.1 VgV) Die dargestellt(en) Leistung(en) soll(en) der ausgeschriebenen Leistung nahe kommen bzw. einen ähnlichen Schwierigkeitsgrad aufweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart

Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags

nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 20.2.2018 - 12:00

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

28.2.2018 - 12:00

- IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**
Deutsch.
- IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**
bis: 30.4.2018
- IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: nein

Abschnitt VI: Weitere Angaben

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben**
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**
Vergabekammer Westfalen
Albrecht-Thaer-Str. 9
48147 Münster
Deutschland
E-Mail: poststelle@brms.nrw.de
Telefon: +49 251411-0
Fax: +49 251411-2165
- VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Nach § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit:
— der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkennt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt,
— Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
— mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Nach § 135 Abs. 2 GWB kann die Unwirksamkeit eines Vertrages nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.
- VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**
Vergabekammer Münster

Albrecht-Thaer-Str. 9
48147 Arnsberg
Deutschland
E-Mail: poststelle@brms.nrw.de
Telefon: +49 251411-0
Fax: +49 251411-2165

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
15.1.2018